



## Stadtparlament

9201 Gossau  
www.stadtgossau.ch  
info@stadtgossau.ch



---

# Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2017 - 2020

## Montag, 4. Dezember 2017, 18.00 - 21.10 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Monika Gähwiler-Brändle (SP)
Anwesend	28 Mitglieder
Entschuldigt	Erwin Sutter (FlIG) Birgit Frei-Urscheler (CVP)
Anwesend Stadtrat	4 Mitglieder
Entschuldigt	Vakanter Sitz (Rücktritt Stefan Lenherr)

## Traktanden

- 01 ARA Oberglatt, Erweiterung; Kredit
- 02 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2018-2022
- 03 Motion Florin Scherrer (CVP) „Finanzstrategie Gossau“; Erheblicherklärung
- 04 Organisation Stadtwerke; Einsetzung VBK

Die Präsidentin gibt den Rücktritt von Remo Schelb (SVP) bekannt. Er wird per 31. Dezember 2017 aus dem Stadtparlament ausscheiden.

## 01

### **ARA Oberglatt, Erweiterung; Kredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 30. August 2017. Aufgrund ihrer Beratungen stellt die Baukommission am 15. November 2017 folgenden Antrag (identisch mit dem Antrag des Stadtrates):

1. *Für die Erweiterung der Biofiltration sowie für die Elimination von Mikroverunreinigungen bei der ARA Oberglatt wird für den Kostenanteil der Stadt Gossau ein Bruttokredit von CHF 11'070'000 exkl. Mehrwertsteuer erteilt.*
2. *Die Finanzierung geht zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasser der Stadt Gossau.*

### **Diskussion**

**Thomas Künzle**, Präsident der parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die neuen Gewässerschutzvorschriften führen zu einem Ausbau der ARA Oberglatt und werden vom Bund teilweise subventioniert. Da die Subvention erst später gesprochen wird, ist über den ganzen Kredit abzustimmen. Die Abwassergebühren müssen wegen des Projektes nicht erhöht werden.

### **Abstimmung**

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

## 02

### **Budget und Steuerfuss 2018**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 27. September 2017 mit folgenden Anträgen:

1. *Es werden folgende Budgets 2018 genehmigt:*
  - Investitionsrechnung Stadthaushalt (Nettoinvestitionen CHF 15'765'000.*
  - Erfolgsrechnung Stadthaushalt (Ertragsüberschuss CHF 922'600)*
  - Investitionsrechnung Stadtwerke (Nettoinvestitionen CHF 18'282'000)*
  - Erfolgsrechnung Stadtwerke (Ertragsüberschuss CHF 1'326'400)*
2. *Die Steuersätze für das Jahr 2018 werden wie folgt festgelegt:*
  - Gemeindesteuer 121 % (wie bisher)*
  - Grundsteuer 0.6 ‰ (wie bisher)*

## A) Eintretensdiskussion

**Florin Scherrer (CVP)**, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, verliest deren Bericht:

### **„1. Aufgabe der GPK**

*Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen haben wir den IAFP 2018 – 2022 samt integriertem Budget (ehemals Voranschlag) für das Jahr 2018 geprüft. Dazu gehören die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung des städtischen Haushalts, sowie auch die Erfolgsrechnung und die Investitionsrechnung der Gossauer Stadtwerke. Ebenfalls hat die Geschäftsprüfungskommission den Steuer- und auch den Abschreibungsplan, sowie die Anträge des Rates geprüft.*

#### **1.1 Zuständigkeit**

*Gemäss Art. 31 Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden stellt der Rat der Geschäftsprüfungskommission unter anderem Anträge über das Budget und den Steuerfuss für eine sorgfältige Prüfung zu.*

*Artikel 23 der soeben genannten Verordnung beschreibt zudem, dass die Berichterstattung der Budgetierung insbesondere folgende Angaben umfasst:*

- a) Einen der Grösse des Finanzhaushalts angepassten Kommentar des Rates;*
- b) Bezeichnung der neuen Ausgaben;*
- c) Den Steuerplan;*
- d) Den Finanzplan, soweit Bürgerschaft oder Parlament nicht auf andere Weise informiert werden.*

#### **2. Gesamtbetrachtung**

*Das operative Ergebnis der Stadt Gossau für das Jahr 2018 wird mit einem Aufwandüberschuss von CHF 3'223'900 budgetiert. Nur dank einem Bezug aus der Aufwertungsreserve von CHF 4'146'500 kann das Gesamtergebnis mit einem Ertragsüberschuss von CHF 922'600 ausgewiesen werden. Die Aufwendungen betragen CHF 101'995'565 und die Erträge CHF 102'918'165.*

*Die Netto-Investitionen im Jahr 2018 betragen CHF 15'765'000. Da der Cashflow lediglich CHF 4'794'000 betragen wird, wird von einem sehr tiefen Selbstfinanzierungsgrad von gerade einmal 30.49% ausgegangen, obwohl das Ziel des Stadtrates ist, langfristig einen Wert von 90 bis 100% zu erreichen, sofern die Investitionen die Höhe von CHF 10 Mio. nicht übersteigen. Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt die Finanzierung der Investitionen aus selbst erarbeiteten Mitteln. Ein Selbstfinanzierungsgrad von weniger als 100 führt zu einer Zunahme der Verschuldung. Die Stellen in der Verwaltung steigen von 274.8 im Jahr 2017 auf 281.7 Arbeitsstellen im Jahr 2018.*

#### **3. Einführung RMSG**

*Die Stadt Gossau führt als Pilotgemeinde das neue Rechnungsmodell St. Galler Gemeinden – RMSG - ein. Nebst zahlreichen begrifflichen Änderungen führt RMSG zu einem grundlegend neuen Kontenplan. Als Folge der Umstellung ist das Zahlenmaterial für die Jahre 2018-2022 mit dem Zahlenmaterial bis und mit 2017 nur noch sehr eingeschränkt vergleichbar. Dadurch wurde die Prüfung des Budgets 2018 erschwert, die GPK begrüsst allerdings die aus dem neuen Rechnungsmodell resultierende Transparenz. Ebenfalls lobenswert ist die stetige Weiterentwicklung und Verbesserung des IAFP. So wurden die im Budgetjahr neu anfallenden und in der Erfolgsrechnung enthaltenen Ausgaben zum ersten Mal separat dargestellt.*

*Durch die Umstellung auf das Rechnungsmodell RMSG werden bisherige Reserven aufgelöst. Die Folge davon ist, dass die Ende Jahr 2016 ausgewiesene Verschuldung von CHF 608 pro Einwohner schmilzt und Ende 2018 pro Einwohner ein Vermögen von CHF 2'282 ausgewiesen werden kann. Allerdings dürfte sich das Vermögen pro Einwohner bis ins Jahr 2021 wiederum in eine Verschuldung pro Einwohner umwandeln.*

#### **4. Erfolgsrechnung**

Der Personalaufwand steigt um CHF 1.3 Mio. (4%), der Sachaufwand um CHF 2.0 Mio. und der Transferaufwand sogar um CHF 2.7 Mio. gegenüber dem Rechnungsjahr 2016 an. Der Fiskalertrag sinkt im Gegenzug im Vergleich zum Rechnungsjahr 2016 um CHF 4.3 Mio. Ein Hauptgrund ist sicherlich die letztjährig beschlossene Steuersenkung.

Der Kernaufwand steigt im Vergleich zum Rechnungsjahr 2016 um CHF 6.2 Mio. (8.5%) auf CHF 79.5 Mio. Die Ablieferungen der Stadtwerke sind im Jahr 2018 mit CHF 3.6 Mio. budgetiert.

Das operative Ergebnis der Stadt Gossau (das Ergebnis der ersten Stufe gemäss RMSG also), ist auch in sämtlichen Planjahren 2019 bis 2022 negativ. Es steigt gar auf einen Verlust von CHF 8.0 Mio. im Jahr 2022 an und verdeutlicht somit den dringenden Handlungsbedarf. Es sollen sowohl die Möglichkeit von Mehreinnahmen, als auch eine straffere Ausgabenkontrolle verfolgt werden.

#### **5. Zukünftige Investitionen**

Von den CHF 15.8 Mio. geplanten Investitionen werden rund CHF 13.9 Mio. dem allgemeinen Stadthaushalt belastet und für rund CHF 1.9 Mio. Investitionen werden Spezialfinanzierungen herangezogen. So sind im Jahr 2018 Investitionen für die Schulbauten in der Grösse von CHF 8.4 Mio. vorgesehen – davon alleine CHF 6.0 Mio. für die Gesamterneuerung des OZ Rosenau. Im Bereich Kultur, Freizeit sind Investitionen von rund CHF 2.2 Mio. budgetiert. Davon CHF 1.5 Mio. für den Beitrag an das Haus der Musik und CHF 0.7 Mio. für die Sportanlagen – also für die beiden Architekturwettbewerbe sowohl für das Hallenbad, als auch für die Dreifach-Turnhalle.

Die eigentlich notwendigen Investitionen für Sanierungen der Gemeindestrassen werden verschoben. Somit entsteht ein Sanierungsstau von rund CHF 2-3 Mio. Dieser Investitionsaufschub ist nicht nachhaltig und die Priorisierung der Investitionen ist somit nochmals zu hinterfragen. Im Jahr 2018 sind Abschreibungen im Umfang von CHF 6.3 Mio. geplant.

Die Stadtwerke planen für das Jahr 2018 Investitionen im Wert von CHF 18.3 Mio. zu tätigen und die Abschreibungen werden mit CHF 3.8 Mio. angenommen. Auch bei den Stadtwerken genügt der durchschnittliche prognostizierte Cashflow in den betrachteten Jahren des IAFP nicht aus, um sowohl die Ablieferungen an den Stadthaushalt, als auch die Investitionen zu decken – der Hauptgrund dafür ist allerdings deutlich zu erkennen; nämlich der Bau des Glasfasernetzes.

Gesamthaft betrachtet betragen die Nettoinvestitionen der Stadt Gossau von 2018-2022 CHF 85.3 Mio. Der Cashflow wird im gleichen Zeitpunkt CHF 15.4 Mio. betragen, was einen Selbstfinanzierungsgrad von alarmierenden 18.11% ergibt. Der zusätzliche Kreditbedarf beträgt folglich für die Jahre 2018-2022 gesamthaft CHF 69.9 Mio.

#### **6. Steuererträge**

Die Thematik des Steuerfuss wurde in der GPK eingehend besprochen und diskutiert. Die Kommission hat die klare Haltung, dass die im IAFP beschriebene Entwicklung und die damit verbundenen Investitionen mit dem aktuellen Steuerfuss nicht gestemmt werden können. Zu tief sind beispielsweise der Cashflow oder auch der Selbstfinanzierungsgrad. Im Sinne der Kontinuität und somit auch im Sinne der Verlässlichkeit für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, empfehlen wir allerdings, den Steuerfuss nach der letztjährigen Senkung nicht schon wieder nach oben zu korrigieren.

#### **7. Einblick in die Ressorts**

##### **7.1 Ressort Inneres Finanzen Kultur**

Im Ressort IFK ist geplant, im Jahr 2018 die Anzahl Mitarbeitende um 1.4 Stellen zu erhöhen. 1 Stelle soll im Bereich der Informatik geschaffen werden und 0.4 Arbeitsstelle im Grundbuchamt. Ein Kostentreiber bei den Aufwendungen ist die zusätzliche Mittelaufnahme in Folge des tiefen Cashflows. Im Ressort IFK sind grosse Heraus-

forderungen in den nächsten Jahren die Totalüberarbeitung des Zonenplans, des Baureglements sowie der Inventare und der Schutzverordnungen.

### **7.2 Ressort Bildung**

Im Ressort Bildung steht im Jahr 2018 die Neueröffnung des OZ Rosenau an, ebenfalls können auch die zusätzlich geschaffenen Räume der erweiterten Schulanlage Büel bezogen werden. Im Schuljahr 2017/2018 erfolgt der Unterricht erstmals nach den Vorgaben des neuen Lehrplans Volksschule. Damit verbunden ist eine leichte Erhöhung der Anzahl Schullektionen.

### **7.3 Ressort Bau Umwelt Verkehr**

Im Ressort Bau Umwelt Verkehr stehen die äusserst umfassenden, zukunftsweisenden und immens wichtigen Projekte der Sportanlagen an. Zudem sollen anstehende Arbeiten an den Infrastrukturen frühzeitig angegangen und ausgeführt werden. Um die Betriebstauglichkeit und Sicherheit permanent zu gewährleisten, ist der Unterhalt dauernd durchzuführen.

### **7.4 Ressort Versorgung Sicherheit**

Im Ressort Versorgung Sicherheit wird die heutige Rechtsform der Stadtwerke weiter ein wichtiges Thema sein. Auf Grund der Veränderung durch die Liberalisierung in den Energiemärkten und insbesondere der zeitlichen Abhängigkeiten in den Beschaffungsprozessen ist die heutige Rechtsform der Stadtwerke nicht effizient. Die regionale und strukturierte Zusammenarbeit in Kooperationen gewinnt eine immer grössere Bedeutung. Das grösste Projekt ist der Aufbau des flächendeckenden Glasfasernetzes. Im Jahr 2018 sollen über 1200 Nutzungseinheiten an das Glasfasernetz angeschlossen werden.

### **7.5 Ressort Jugend Alter Soziales**

Im Ressort Jugend Alter Soziales hat sich im vergangenen Jahr die Anzahl Asylsuchender deutlich entspannt. So wurde die Sollzahl der zu betreuenden Asylsuchenden für die Stadt Gossau im Juli 2017 von 1% der Bevölkerung auf 0.9%, also auf 163 Personen reduziert. Wie die zukünftige Entwicklung allerdings aussieht, ist sehr schwierig vorauszusehen. Die Mietverträge für zwei grössere Asylunterkünfte mit mehreren Wohneinheiten sind zeitlich befristet. Für diese Unterkünfte müssen 2018 (evtl. 2019) entsprechende Ersatzlösungen gefunden werden.

## **8. Anträge**

Aufgrund unserer Prüfungstätigkeit stellen wir folgende Anträge:

### 1. Eintreten

Die GPK beantragt, auf die Budget des städtischen Haushalts und der Stadtwerke einzutreten.

### 2. Beschlussfassung

a) Das Budget der Stadtwerke für das Jahr 2018 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'326'000, sowie das Budget des städtischen Haushalts für das Jahr 2018 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 922'600 seien zu genehmigen.

b) Die voraussichtliche Investitionsrechnung für die Gossauer Stadtwerke mit Investitionen für das Jahr 2018 von rund CHF 18'280'000, sowie die voraussichtliche Investitionsrechnung für den Haushalt der Stadt Gossau mit Investitionen in der Höhe von rund CHF 15'765'000 seien zu genehmigen.

### 3. Die Steuersätze für das Jahr 2018 werden wie folgt festgelegt:

a. Gemeindesteuer 121% (wie bisher)

b. Grundsteuer 0.6‰ (wie bisher)

## 9. Verdankung

*Die Geschäftsprüfungskommission dankt den Behörden, Kommissionen und allen Mitarbeitenden, die sich engagiert für die Stadt Gossau einsetzen und auch zukünftig einsetzen werden und für die gute, zielführende und angenehme Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank gilt den Herren Heinz Loretini und Urs Peter mit ihrem Team für die sehr gewissenhafte Erarbeitung des vorliegenden IAFP.“*

**Gallus Hälg (SVP)** stellt im IAFP 2018 markante Abweichungen gegenüber den Vorjahren fest. Die Transparenz des IAFP wird mit dem Wechsel zu RMSG erhöht. Das Gesamtergebnis wird neu auf 2 Stufen dargestellt. Die Zahlen machen indessen Sorgen, weil lediglich ein Reservebezug ein positives Ergebnis 2018 ausweisen lässt. Auch ist der tiefe Selbstfinanzierungsgrad unbefriedigend. Die operativen Ergebnisse zeigen für die künftigen Jahre hohe Defizite, der Selbstfinanzierungsgrad sinkt weiter und eine erhöhte Verschuldung steht in Aussicht. Der Stadtrat muss Massnahmen zur Verbesserung der Finanzen ergreifen. Die Verbesserungen aus der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2013 sind bereits verpufft. Im ganzen IAFP sind keine Massnahmen zur Kostendämmung erwähnt. Der Voranschlag 2018 kann nicht vertreten werden, und ist zu überarbeiten. Es ist Aufgabe des Rates, die Einsparungspotenziale zu eruieren.

Die SVP-Fraktion stellt folgenden Antrag:

*Das Budget 2018 wird zurückgewiesen und der Stadtrat beauftragt, den Aufwand im Budget 2018 für die laufende Rechnung des Städtischen Haushaltes um gesamthaft CHF 1.0 Mio. zu kürzen. Dabei sind die einzelnen Kürzungen in der überarbeiteten Fassung offenzulegen und die beantragten Steuersätze sind beizubehalten.*

**Stefan Harder (FLiG)** findet es schade, dass er erst jetzt Kenntnis erhält vom Rückweisungsantrag. Die Fraktion wird indessen den Antrag des Stadtrates unterstützen. Aufgrund der Umstellung auf das neue Rechnungsmodell ist der Vergleich mit den Vorjahren nur bedingt möglich. Die Prognosen auf 4 Jahre haben wenig Aussagekraft. Es ist jetzt wieder an der Zeit, die Ziele im IAFP grundsätzlich zu überarbeiten. In der Darstellung sollen nicht mehr 4 Jahre, sondern noch 2 Jahre dargestellt werden, und zusätzlich eine Hochrechnung des aktuellen Budgets. Die Resultate aus der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2013 sind nicht mehr ersichtlich. Trotz aller berechtigten Mahnungen wird die Fraktion die Anträge des Stadtrates unterstützen.

**Roman Steiger (CVP)** sieht Schwierigkeiten, das Budget mit dem Vorjahr vergleichen zu können. Die Rechnung 2017 wird voraussichtlich viel besser abschliessen als budgetiert. Der Kernaufwand steigt stetig an. Hier stellt sich die Frage, ob alles perfekt sein muss. Stutzig machen auch die beantragten Personalaufstockungen, obwohl gemäss IAFP alle Ziele erreicht werden können. Die Begründungen im IAFP sind teilweise noch etwas mager. Beispielsweise für das Haus der Kultur: sind hier genügend Bedürfnis-Abklärungen gemacht worden? Die Fraktion ist für Eintreten.

**Felix Koller (FDP)** sorgt sich über die folgenden Entwicklungen: Ausbau der Planstellen, Anstieg Kernaufwand, Anstieg Zinsaufwand, Anstieg Nettoschuld, Absinken Selbstfinanzierungsgrad. Er fragt, wo das Langzeitgedächtnis des Parlaments geblieben ist. Derzeit bestimmen Sportler die finanzielle Zukunft von Gossau. Der erwartete Ertragsüberschuss 2017 ist erfreulich und bestätigt die realisierte Steuersenkung. Das Budget 2018 ist knapp befriedigend, die Situation verschlimmert sich in den Folgejahren. Investitionen werden praktisch nur noch über Fremdkapital finanziert. Leistet sich die Stadt Gossau das Richtige? Die Anspruchsgruppen sollen sich finanziell an ihren Forderungen beteiligen. Die Cashflow-Rechnung zeigt, dass die Investitionen nicht durch den Cashflow gedeckt werden können. Künftige Investitionsvorhaben sind auf ein tragbares Niveau zu reduzieren. Die Fraktion ist für Eintreten.

**Florian Kobler (SP)** findet das Projekt Sportanlagen sehr wichtig für Gossau. Der Vergleich der Budgetzahlen mit den Vorjahren ist schwierig. Erst ab dem nächsten Jahr wird eine seriöse Vergleichsmöglichkeit bestehen. Die Fraktion wird keine Änderungsanträge stellen. Es wird immer noch zu wenig in die Zukunft von Gossau investiert. Es stehen entscheidende Jahre vor Gossau. Zu lösen sind etwa das Verkehrsaufkommen, die Abwanderung von Familien, die Ansiedlung innovativer Wirtschaft. Dazu gehört auch ein stärkeres Engagement der Stadt in Sachen Integration. Die Stadt entlastet sich hier über den Einsatz von Freiwilligen. Die für 2018 budgetierten Stellen Integration und Freiwilligenarbeit sollten besetzt werden. Die Fraktion beantragt Eintreten.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** bestätigt, dass die Vergleichbarkeit des Voranschlages eingeschränkt ist, wegen des Wechsels zu RMSG. Wie sind die Zahlen des Voranschlages 2018 zu werten? Wenn RMSG nicht eingeführt worden wäre, würde sich das Jahresergebnis nur unwesentlich ändern. Im Gesamten liegt die Stadt finanziell im grünen Bereich. Die Aufwertung des Vermögens und dessen anschliessende Abschreibung führt nicht zu einem finanziellen Absturz. Das RMSG schafft für die Folgejahre grössere Transparenz. Der Wechsel zeigt aber auch, dass alles Verwaltungsvermögen bereits bezahlt ist. Der Grad der zu akzeptierenden Nettoverschuldung wird zu definieren sein, mit dem Wechsel auf RMSG bleiben dafür 10-15 Jahre Zeit. Sofern sich die Prognosewerte so entwickeln, wie sie aufgezeigt sind, bestehen tatsächlich düstere Aussichten. In Wirklichkeit haben sich die düsteren Prognosen der Vergangenheit jeweils viel positiver entwickelt (z.B. Entwicklungen Mittelaufnahme, Fremdkapitalbedarf, Nettoschuld, Selbstfinanzierungsgrad). Ohne RMSG würde das operative Ergebnis 2018 einen Überschuss von ca. CHF 4.5 Mio. ausweisen. Für die heutige Diskussion soll das Gesamtergebnis berücksichtigt werden, nicht das operative Ergebnis. Mehrjährige Prognosen sind nicht vergleichbar mit mehrjährigen Budgets. Der Stadtrat beantragt Eintreten auf seine Anträge.

### **Abstimmung über Eintreten**

Der Rückweisungsantrag der SVP wird mit 9 Ja zu 19 Nein abgelehnt.

## **B) Detaildiskussion Laufende Rechnung Stadthaushalt (weisser Teil IAFP)**

**Felix Koller (FDP)** lobt die Tabelle auf Seite 14, welche die neuen Ausgaben auflistet. Dort fallen die Zahlen zum Hallenbad Rosenau auf. Bis ins Jahr 2025 sind gemäss Berechnung des Hochbauamtes CHF 2.2 Mio. aufzuwenden für den Weiterbetrieb des Hallenbades. Derzeit steht nicht fest, ob das neue Hallenbad Buechenwald 2025 eröffnet werden kann. Einsprachen gegen solche Vorhaben müssen einkalkuiert werden, dies kann etliche Jahre Verzögerung bedeuten. Gemäss Art. 10 Gemeindeordnung sind Geschäfte in dieser Grössenordnung dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Der Stadtrat hat beispielsweise für die Werterhaltung der Schulhäuser Rosenau oder Haldenbüel Kredite eingeholt. Weshalb muss für die Betriebsverlängerung des Hallenbades keine Referendumsvorlage erstellt werden? Seit der Grundsatzabstimmung Hallenbad steht fest, dass Ersatzinvestitionen anstehen, und die Aufrechterhaltung des Betriebes Kosten verursachen wird. Bei einem Umbauprojekt mit einmaligen Kosten müsste der Sanierungskredit dem Parlament unterbreitet. Würde dieser Kredit nicht genehmigt, müsste der Betrieb des Hallenbades Rosenau eingestellt werden. Dies könnte sinnvoll sein, so würden nicht unnötig Investitionen vernichtet. Zur Wahl stehen Strategie 1: Durchwursteln, Strategie 2: Hallenbad 8-15 Jahre fit machen, Strategie 3: Stilllegung Hallenbad. Die Bevölkerung hat ein Anrecht auf klare Zahlen. Die Fraktion stellt folgenden Antrag:

1. *Die budgetierten Ersatzinvestitionen ins Hallenbad Rosenau sind bis zum Vorliegen eines Baukredites zu sistieren. Davon ausgenommen bleiben dringliche, sicherheitsrelevante Massnahmen wie eine Sanierung der Betondecke über dem Nichtschwimmerbecken.*
2. *Falls die Aufwendungen für die Kostenermittlung nicht über das ordentliche Budget abgewickelt werden können, ist ein separater Planungskredit von CHF 50'000 einzuräumen.*

**Markus Rosenberger (SVP)** erinnert an die Grundsatzabstimmung für das Hallenbad, wo sich eine Mehrheit für den Standort Buechenwald entschieden hat. Das Hallenbad Rosenau war damals schon veraltet und wies ein Betriebsdefizit auf. Es stehen nun viele Ersatzaufwendungen an. Diese geplanten Ausgaben werden zu einem noch höheren Defizit führen. Der Aufwand wird sich bei rund CHF 650'000 jährlich einpendeln. Bis zur geplanten Eröffnung 2025 werden sich so rund CHF 5 Mio. aufkumulieren. Die Kosten könnten aber auch noch höher liegen. Die SVP unterstützt den Antrag der FDP.

**Alfred Zahner (FLiG)** findet, dass solche Ausführungen in der Budgetsitzung am falschen Ort sind. Es kann jetzt nicht eine Grundsatzabstimmung über das Hallenbad geführt werden.

**Stadträtin Gaby Krapf** betont, dass sich der Stadtrat für die rasche Realisierung des neuen Hallenbades einsetzen wird. Dem Willen des Stimmvolkes, welches weiterhin ein Hallenbad will, ist zu folgen. Von einer Schliessung wären viele Benutzergruppen betroffen. Eine solche Diskussion kann nicht heute Abend geführt werden.

**Felix Koller (FDP)** will, dass im Hallenbad Rosenau nur noch jene Massnahmen realisiert werden, welche die Sicherheit des Badebetriebes gewährleisten.

### **Abstimmung**

Über Antrag 1 Felix Koller (Ersatzinvestitionen)

Der Antrag wird mit 14 Ja bei 13 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

Über Antrag 2 Felix Koller (Planungskredit)

Der Antrag wird 20 Ja und 6 Nein bei 2 Enthaltungen angenommen.

### **Zu A1 Inneres Finanzen Kultur**

Keine Diskussion gewünscht.

### **Zu A2 Bildung**

Zu 2040 Oberstufe

**Alfred Zahner (FLiG)** stellt fest, dass etliche Ziele im IAFP nicht brauchbar sind und schon seit längerer Zeit nicht mehr hinterfragt worden sind. Er zeigt dies beispielhaft auf anhand der statistischen Zahlen der Oberstufe. Seine Hinweise gelten für den ganzen IAFP sinngemäss.



## Zu A3 Bau Umwelt Verkehr

**Alois Künzle (SVP)** will keine Stellenaufstockung im Hochbauamt und im Tiefbauamt. Die Stadträtin, welche dieses Ressort 2018 übernehmen soll, soll sich zuerst eine Auslegeordnung machen können. Sollte die Aufstockung nötig bleiben, könnte ein Nachtragskredit beantragt werden. Er stellt folgenden Antrag:

*Die neuen zwei Stellen im Hoch- und Tiefbauamt von je CHF 120'000 sind zu streichen:*

*Hochbauamt, Konto 02220.301000*

*Tiefbauamt, Konto 02230.301000*

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** unterstreicht die Notwendigkeit der beiden Stellen. Für das Hochbauamt wird ein Architekt gesucht, für das Tiefbauamt ein Ingenieur. Wo zu wenig interne Ressourcen vorhanden sind, müssen externe eingekauft werden. In den kommenden Jahren stehen im Hochbauamt etliche Projekte an, und eine Stellenaufstockung ist angebracht. Der Rekrutierungsprozess wird Monate dauern. Im Tiefbauamt bestehen ähnliche Überlegungen. Im Tiefbauamt sollte eine zweite Ingenieurstelle geschaffen werden zur Vertretung des Leiters.

**Markus Mauchle (CVP)** stellt fest, dass häufig Kompetenzen in St.Gallen geholt werden. Eigene Kompetenzen sollten aber auch in der Stadtverwaltung selbst vorhanden sein.

### Abstimmung

Der Streichungsantrag wird mit 8 Ja zu 20 Nein abgelehnt.

## Zu A4 Versorgung Sicherheit

Keine Diskussion gewünscht.

## Zu A5 Jugend Alter Soziales

Keine Diskussion gewünscht.

## C) Detaildiskussion Investitionsrechnung Stadthaushalt (gelber Teil IAFP)

Zu Konto 3291x.3060 Haus der Musik (Beitrag)

**Felix Koller (FDP)** Der Kredit von CHF 1.5 Mio. für das Haus der Musik ist zu streichen. Das Projekt kann 2018 nicht realisiert werden.

**Désirée Baldegger (SVP)** kann den stadträtlichen Antrag für das Haus der Musik verstehen. Derzeit liegen aber noch zu wenige Fakten zum Entscheid vor, und es sollten vermehrt Alternativen geprüft werden. Im heutigen Zeitpunkt kann die SVP noch nicht hinter diesem Antrag stehen. Es muss die gesamte verfügbare Raumsituation analysiert werden, und Kooperationen sind anzustreben.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** verweist auf die Information, dass der Stadtrat 2018 für dieses Geschäft eine separate Parlamentsvorlage unterbreiten wird.

**Felix Koller (FDP)** zieht bei dieser Ausgangslage seinen Streichungsantrag zurück.

Zu 57900.301000 Löhne Verwaltungspersonal

**Thomas Jung (SVP)** sieht keinen Bedarf, dass die Stadt die Arbeit von Freiwilligen finanziert. Er stellt folgenden Antrag:

*Der Betrag von insgesamt CHF 856'600 ist um den Betrag von CHF 16'500 für die neue Stelle „Freiwilligenarbeit“ auf neu CHF 840'100 zu kürzen.*

**Stadträtin Helen Alder** will nicht Freiwilligenarbeit entlohnen, sondern die Strukturen für die Freiwilligenarbeit verbessern. Die Freiwilligen sollen in ihren Tätigkeiten besser unterstützt werden, indem eine Anlaufstelle geschaffen wird.

**Florian Kobler (SP)** streicht den Stellenwert der Freiwilligenarbeit heraus. Mit Freiwilligenarbeit kann gutes Geld eingespart werden, ein Engagement der Stadt ist wichtig.

### **Abstimmung**

Der Streichungsantrag der SVP wird mit 13 Ja zu 15 Nein abgelehnt.

### **D) Detaildiskussion Investitionsrechnung Stadtwerke (gelber Teil IAFP)**

Keine Diskussion gewünscht.

### **E) Detaildiskussion Erfolgsrechnung Stadtwerke (gelber Teil IAFP)**

Keine Diskussion gewünscht.

## F) Beschluss des Stadtparlaments zu Budget und Steuerfuss

Die Anträge des Stadtrates werden mit 19 Ja zu 9 Nein angenommen.

### 03

#### **Motion Florin Scherrer (CVP) „Finanzstrategie Gossau“; Erheblicherklärung**

Florin Scherrer (CVP) hat am 29. August 2017 mit 9 Mitunterzeichnenden die Motion eingereicht. Der Stadtrat hat am 8. November 2017 beantragt, die Motion nicht als erheblich zu erklären.

**Florin Scherrer (CVP)** begründet die Motion. Er stellt fest, dass die finanzpolitischen Ziele im Parlament immer wieder zu Diskussionen führen. Die Motionäre akzeptieren den Antrag und die Begründung des Stadtrates, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** weist auf den IAFP 2019 hin, wo der Stadtrat weitere Informationen zur Finanzstrategie aufnehmen wird.

#### **Abstimmung**

Die Motion wird nicht erheblich erklärt mit 1 Ja zu 26 Nein bei 1 Enthaltung

### 04

#### **Organisation Stadtwerke; Einsetzung VBK**

Es liegen folgende Vorschläge vor:

Gallus Hälgi	SVP	Präsident
Alois Künzle	SVP	
Leo Cozzio	CVP	
Patrik Mauchle	CVP	
Alfred Zahner	FLiG	
Brigitta Mettler	FDP	
Monika Gähwiler-Brändle	SP	

#### **Abstimmung**

Die Kommission wird eingesetzt.

**06**

**Neue Vorstösse**

Interpellation Werner Bischofberger (SP) „Bahnhof Arnegg – einfach, günstig, behindertengerecht“  
Postulat Felix Koller (FDP) und Gallus Hälg (SVP) „Hallenbad Rosenau“

Die Präsidentin



Monika Gähwiler-Brändle

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am \*\*\* genehmigt.